



**Kriege im 21. Jahrhundert.
Neue Herausforderungen der
Friedensbewegung.**
Hrsg. von Rudolph Bauer.
Annweiler am Trifels:
Sonnenberg Verlag 2015, 374 S.,
19,80 €,
ISBN 978-3-9332 64-77-0

Der Band dokumentiert die auf der Antikriegskonferenz 2014 in Berlin gehaltenen Beiträge. Die Konferenz wurde von der AKK, der [Initiative Anti-kriegskonferenz](#), durchgeführt. Die Initiative ist ein Zusammenschluss friedenspolitisch engagierter Menschen und hat 2014 erstmals eine Antikriegskonferenz organisiert.

Die Beiträge sind drei Themenblöcken zugeordnet: Die Beiträge des ersten Teils „Militarisierung“ beschäftigen sich mit Prozessen, die Militär und Krieg zu einem normalen Teil unserer Gesellschaft zu machen versuchen. Im zweiten Teil „Mobilmachung“ geht es um äußere und innere Prozesse unmittelbar vor dem Beginn eines Krieges. Im dritten Teil „Einspruch“ werden Protest und Widerstandsformen gegen Militarisierung und Krieg behandelt.

Im ersten Teil hat Franz Hamburger in seinem Beitrag *Die Einübung des hegemonialen Habitus. Ideologische Aufrüstung in Schulen* Sozialkundelehrbücher daraufhin untersucht, wie in ihnen die internationalen Verhältnisse dargestellt werden. Die Ergebnisse sind erschreckend. Die Darstellung Deutschlands, Europas und der Welt befindet sich in den Schulbüchern wieder auf dem Niveau von vor 1968. „Es war ein besonderes Kennzeichen der (soziologischen) Kritik nach ‘1968’, dass die gedankliche Ordnung der sozialen Welt nach konzentrischen Lebens- und Relevanzbereichen deshalb überholt sei, weil die alltägliche ›nächste‹ Lebenswelt durch die globalen Zusammenhänge strukturiert wird“ (S. 39).

Von dieser Einsicht ist in den aktuellen Sozialkundeschulbüchern nichts mehr zu finden. Einem deutsch/europäischen „Innen“ wird ein fremdes, bedrohliches „Außen“ gegenüber gestellt. Während das „Innen“ mit Frieden, Sicherheit, Menschenrechten und Wohlstand charakterisiert wird, gelten für das „Außen“ Armut, Bevölkerungswachstum, Krieg und Terrorismus. Bildlich wird dieses „Außen“ fast durchgängig durch verschleierte Frauen dargestellt und damit mit einem „rückständigen“ Islam gleichgesetzt. Selbstverständlich wird das „Innen“ durch das „Außen“ bedroht. Es bedarf daher des militärischen Schutzes, den die NATO sicherstellt, die wie in den besten Zeiten des kalten Krieges als die eigentliche Friedensbewegung dargestellt wird. Die UNO erscheint dagegen als handlungs- und reformunfähig.

Die Aufgabe der NATO ist es, Terrorismus, organisiertes Verbrechen, die Unterbrechung der Zufuhr von Ressourcen ebenso wie „die unkontrollierte Bewegung einer großen Menschenmasse“ (S. 51) zu bekämpfen. Diese grund- und völkerrechtswidrige Ausweitung der Aktionsfeldes der NATO zu einer Art Weltpolizist ist dadurch gerechtfertigt, dass das „Innen“ eben die gute, überlegene, zu erhaltende Welt ist, die sich schützen muss. Und dieser Schutz kann nur militärisch erfolgen. Wieso es Konflikte gibt, wie Deutschland, Europa und die westlichen Industriestaaten daran beteiligt und Verursacher von Konflikten sind, wird nicht thematisiert. Mit solchen ideologischen Konstruktionen, die mit den tatsächlichen Verhältnissen internationaler Politik nichts mehr zu tun haben, wird Kriegsvorbereitung betrieben. Die Schüler, die diesen Unsinn glauben, können sich später „sicher sein, dass sich Frieden und Freiheit in ihrem Tornister befinden, wenn sie selbst in den Krieg marschieren müssen“ (S. 59).

In seinem Aufsatz *Spaß-Faktor Krieg. Kriegs-Videospiele und Kampf-Simulatoren* untersucht Michael Schulze von Glaßer die Darstellung von Gewalt und Konflikten in Videospielen. Vor allem in den am weitesten verbreiteten Spielen, wie z.B. *Battlefield*, werden Konflikte zwischen tatsächlich existierenden Staaten dargestellt: USA gegen Iran, gegen China. Feindbilder werden so eingeübt. Es besteht eine enge Kooperation der Spielehersteller mit Militär- und Rüstungsindustrie. So sollen Waffensysteme und Kriegsszenarien möglichst „echt“ dargestellt werden. Aber auch umgekehrt nutzt das Militär die Software der Spiele als Basis für Kampfsimulatoren zum Training der Soldaten.

Antikriegsspiele, die entweder alternative Konfliktlösungspraktiken einüben oder aber die Schrecken des Krieges drastisch zeigen, erfreuen sich keiner besonderen Beliebtheit bei den Spielern – sie können selbstverständlich auch nicht mit den Werbeetat der großen Spielefirmen konkurrieren. Sie erfahren allerdings auch keine Unterstützung durch die eigentlich dem Jugendschutz dienende [„Unterhaltungssoftware Selbstkontrolle“](#) (USK), die Spiele zertifiziert und Altersbeschränkungen vergibt. Einziges Kriterium dieser Zertifizierung ist nämlich die Darstellung von Gewalt. Ob diese in gewaltverherrlichender oder in abschreckender Weise geschieht, spielt ebenso wenig eine Rolle wie die politische Aussage der Spiele. So werden kriegsbejahende Spiele häufig für jüngere Altersklassen freigegeben als kriegskritische Spiele. Sofern Gewalt dann noch im „Comic-Look“ dargestellt wird, können kriegsbejahende Spiele auch bereits für Kinder unter 12 Jahren freigegeben werden. (S. 91) Ob hinter einer solch absurden Zertifizierungspraxis wie bei den Schulbuchdarstellungen eine Absicht steht oder nicht, wäre eine eigene Untersuchung wert.

Claudia Holzner und Julian Firges berichten über die Aktionen zur Durchsetzung der „Zivil- und Transparenz-Klauseln“ an den Universitäten, mit denen erreicht werden soll, dass Universitäten im Rahmen von Drittmittelprojekten keine Zuarbeit für Militär und Rüstungsindustrie leisten.

Die Vermischung von ziviler und militärischer Sicherheit untersucht Hans-Jörg Kreowski am Beispiel der Cybersicherheit. Gerade in diesem Bereich lassen sich militärische und zivile Interessen nicht trennen. Durch militärische Aufrüstung ist auch hier jedoch keine Sicherheit zu erreichen, da die hierbei gewonnenen Kenntnisse sowohl zur Verteidigung wie zum Angriff genutzt werden können.

seinem Beitrag *Informationskrieg der Geheimdienste* berichtet Rolf Gössner über die Militarisierung der „Inneren Sicherheit“. Der Anschlag auf das World-Trade-Center wurde als Anlass benutzt, umfangreiche „Sicherheitsgesetze“ zu erlassen und so die legalen Befugnisse der Geheimdienste massiv zu erweitern. Dieser Trend, die Kontrolldichte des Staates zu erhöhen, setzt sich seitdem ununterbrochen fort. Jedes irgendwie geeignete Ereignis wird zum Anlass genommen, nach Gesetzesverschärfungen zu rufen.

Dabei sind die legalen Überwachungsrechte der Geheimdienste nichts gegen die von ihnen durchgeführten illegalen Überwachungsmaßnahmen. Seit den Enthüllungen von Edward Snowden ist dies allgemein bekannt, hat aber keineswegs dazu geführt, diese Maßnahmen zu beschränken. Vielmehr nimmt das geheimdienstliche Aufrüsten weiter zu. Hinzu kommt eine Vermischung von polizeilichen, geheimdienstlichen und militärischen Institutionen. Auch die Bundeswehr wird bereits im Inneren tätig.

Welche Logik steht hinter diesen Maßnahmen? Wir erleben den „Wandel vom demokratischen Rechtsstaat zum entgrenzten Sicherheits- und Präventionsstaat“ (S. 128). Dieser Wandel wird herbeigeführt, weil die Herrschenden die Erwartung haben, dass es in Zukunft nicht nur internationale Kriege um Rohstoffe und gegen Migrationsbewegungen zu führen gelte, sondern das Militär auch im Inneren gegen Aufstände der verarmten Unterschichten in den Städten eingesetzt werden müsse. Es ist egal, ob diese Analysen stimmen, entscheidend ist, dass aufgrund dieser Erwartung ein entsprechender Umbau des Staates erfolgt. Die Bundeswehr besitzt bereits ein Übungsgelände für den Kampf in einem urbanen Ballungsraum. Für welchen konkreten Kriegseinsatz wird dort trainiert?

Der präventive Sicherheitsstaat wird in dem Maße aufgerüstet, wie „der Sozialstaat abgetakelt wird“ (S. 146). Wie Gössner aber zu Recht ausführt, lässt sich innere wie äußere Friedlichkeit nicht durch Geheimdienste und Militär sicherstellen, sondern nur durch soziale Gerechtigkeit, eine neue Weltwirtschaftsordnung, eine humane Flüchtlings- und konsequente Umwelt-, Klima- und Friedenspolitik (vgl. S. 147). In all dies gelte es zu investieren anstatt in geheimdienstliche und militärische Aufrüstung.

Den zweiten Abschnitt „Mobilmachung“ leitet Peter Herrmann mit seinem Aufsatz über *Soziale Kriegs-Mobilmachung. Jugendarbeitslosigkeit und*

Frontex-Festung ein. Er zeigt, dass durch die globale Beeinflussung aller sozialen Prozesse Kategorien wie Innen und Außen nicht länger brauchbar sind, egal, ob es um die gravierende Jugendarbeitslosigkeit in großen Teilen der EU oder die Migrationsströme nach Europa geht. Vielleicht gerade deswegen kommt es aber verstärkt zu Renationalisierungsprozessen, um scheinbare klare Frontlinien herzustellen.

Volker Eick berichtet in seinem Aufsatz *„Dieser Frieden ist uns Krieg genug ...“ – Drohneneinsatz als Pazifizierungsprojekt* kenntnis- und detailreich über den zunehmenden Einsatz von Drohnen bei Militär und Polizei in den USA und auch in Deutschland. Eine Unterscheidung zwischen militärischen und polizeilichen Drohnen gibt es nicht. Die Drohnen können je nach Bedarf ausgestattet und ab- oder aufgerüstet werden.

Drohnen werden in den USA nicht nur vom Militär zum gezielten, rechtswidrigen Morden von individuell bekannten – targeted killings – oder lediglich nach Mustern herausgefilterten – signature strikes – als „feindlich“ qualifizierten Personen eingesetzt, sondern zunehmend auch durch die Polizei im Inneren, etwa bei der Festnahme von Verdächtigen oder zur Überwachung der Bevölkerung.

Auch in Europa ist dies bereits der Fall. Auch die deutsche Polizei ist bereits mit Drohnen ausgerüstet. Geht die Entwicklung so weiter, so ist zu erwarten, dass Drohnen demnächst z.B. auch bei Demonstrationen zur Überwachung, zum Einsatz von Tränengas oder auch zum gezielten Herausgreifen einzelner Personen eingesetzt werden. Wenn diese Systeme dann auch noch autonom agieren und nicht mehr unmittelbar gesteuert werden – dies technisch zu verwirklichen dürfte in naher Zukunft möglich sein –, so könnten dann demnächst programmierte Maschinen die polizeiliche Kontrolle der Bevölkerung durchführen.

Helmuth Riewe berichtet über die in der Öffentlichkeit leider wenig zur Kenntnis genommene Tagung der deutschen [JALANA-Sektion](#) – *internationale Vereinigung von Juristinnen und Juristen gegen atomare, biologische und chemische Waffen* – über die *Medien als Kriegspartei*.

In den Berichten auf dieser Tagung wurde aufgezeigt, dass die ehemals doch halbwegs neutralen öffentlichen Medien inzwischen eng in staatliche Interessen eingebunden sind und eine kritische Berichterstattung kaum noch

stattfindet. Im Wesentlichen werden staatliche Meldungen ungeprüft weitergegeben und mit gefühlvoller Unterhaltung aufgepeppt.

Daneben hat sich ein großer Markt von PR-Agenturen etabliert, die gezielt für Regierungen und Unternehmen Medienkampagnen betreiben. Ein Schlüsselereignis war hier wohl die [Propagandalüge zum 1. Irakkrieg](#), bei der behauptet wurde, irakische Soldaten hätten in Kuwait in Krankenhäusern Babys aus Brutkästen auf den Boden geworfen, um diese Brutkästen zu stehlen. Wie sich dann recht bald herausstellte, war diese Geschichte von einer New Yorker Werbeagentur im Auftrag der kuwaitischen Regierung erfunden worden, um Zustimmung zum Krieg der USA zu organisieren. Was damals noch die Ausnahme war, ist inzwischen der Regelfall geworden. Alleine während des Überfalls der NATO auf Serbien wurden 600 Verträge zwischen PR-Agenturen und Regierungen abgeschlossen.

Sönke Hundt berichtet in seinem Aufsatz *Geopolitik versus Geoökonomie. Kurzlebiger Widerstand gegen Sanktionskrieg* unter Bezugnahme auf die von Elmar Altvater herausgestellte Unterscheidung zwischen Geoökonomie und Geopolitik über den Strategiewechsel im Ukrainekonflikt. Während Geoökonomie der Begriff für eine auf wirtschaftlichem Austausch und wechselseitiger wirtschaftlicher Abhängigkeit beruhende Entspannungspolitik ist, ist Geopolitik der Begriff für eine vor allem auf militärischer Macht beruhende Politik der Bildung von Macht- und Einflussphären.

Gegen wirtschaftliche Sanktionen gegen Russland wegen des Ukrainekonflikts gab es zunächst in den zivilen Bereichen der deutschen Wirtschaft erheblichen Widerstand. Neben eigenen Stellungnahmen der Wirtschaftsverbände wandten sich vor allem das *Handelsblatt* und die *Wirtschaftswoche* gegen ökonomische Sanktionen. Insbesondere die Interessengegensätze der USA, die eine „Pitbul-Politik“ (S. 225) betrieben, und der EU wurden klar herausgestellt und die Doppelmoral des Westens benannt.

Der Herausgeber des *Handelsblatts*, Gabor Steingart, wies in einem Leitartikel darauf hin, dass man bei den heute angelegten Maßstäben George W. Bush nach dem Angriff auf den Irak in der EU mit einem Einreiseverbot belegt haben müsste. „Die Auslandsinvestments von Warren Buffet hätte man einfrieren, den Export von Fahrzeugen der Marken GM, Ford und Chrysler untersagen müssen“ (S. 225). Prominente aus Politik und Wirtschaft sprachen sich mehrfach für einen realistischen Umgang mit Russland und eine Fortsetzung der Entspannungspolitik aus (vgl. S. 226f.).

Dennoch schwenkten Ende 2014 Politik und Ökonomie in einem überraschend kurzen Zeitraum unter dem Stichwort „Geopolitik“ auf einen aggressiven Kurs gegenüber Russland um. Hundt untersucht, wie es dazu kam. Zum einen wurde diese Politik in einem Papier der *Stiftung Wissenschaft und Politik* (SWP) gefordert. Bei dieser gemeinsam vom Bund und der Wirtschaft geförderten Stiftung handelt es sich um die bedeutendste politische „Denkfabrik“ in Deutschland, die regelmäßig angeblich wissenschaftliche Expertisen insbesondere zur Außen- und Wirtschaftspolitik für die Bundesregierung erstellt.

Die SWP beschäftigt 130 feste Mitarbeiter. Die Schriften der SWP sind größtenteils nicht öffentlich. Die Stiftung, die ohne jede demokratische Legitimation ist, nimmt mit ihren Papieren regelmäßig großen Einfluss auf die Bundespolitik. Auch im vorliegenden Fall war dies so. Das SWP-Papier wurde von Gauck, Merkel, von der Leyen, Steinmeier und Gabriel ausführlich zitiert und von ihnen zur Grundlage ihrer Politik gegenüber Russland gemacht (vgl. S. 228f.).

Hinzu kam ein massiver Druck der USA auf die deutsche Politik und Wirtschaft. Der US-Vizepräsident Joe Biden gab später an, man habe die EU „regelrecht zwingen müssen“: „It is true they did not want to do that. But again, it was America’s leadership and the President of the United States insisting, oft times almost having to embarrass Europe to stand up and take economic hits to impose costs.“ (S. 231f.).

Die deutsche und europäische Wirtschaft wurde von den USA mit anderen Mitteln gezwungen, sich der US-Politik unterzuordnen. Hundt referiert die öffentlich sichtbaren Maßnahmen. Er verweist darauf, dass es sich dabei jedoch wohl nur um die Spitze eines Eisbergs handelt. Zunächst wurde persönlicher Einfluss ausgeübt, um das internationale Wirtschaftsforum in St. Petersburg 2014 platzen zu lassen. (vgl. S. 234) Dann stuften die amerikanischen Rating Agenturen Russland herab, was die Kosten für Geschäfte mit Russland erhöhte (vgl. S. 236).

Des Weiteren exterritorialisieren die USA seit Langem ihr Exportrecht. Die *Wirtschaftswoche* berichtete in ihrer Ausgabe vom 28.7.2014, wie dies passiert. Die USA seien „faktisch in der Lage, auch Europa ihr Regime aufzuzwingen: Indem die USA ihr Exportrecht exterritorial anwenden, können sie deutsche Exporteure bestrafen, die an ein Unternehmen liefern, das un-

ter US-Embargo steht.' Voraussetzung dafür sei lediglich, dass ein US-amerikanischer Staatsbürger im Vorstand sitzt oder die gelieferte Ware Komponenten amerikanischer Hersteller enthält“ (S. 237f.).

Das Risiko für letzteres ist bei der Internationalisierung der Produktionsströme unübersehbar. Hundt bringt für solche Sanktionen der USA gegen europäische Firmen mehrere Beispiele. So kam es dazu, dass Deutschland und Europa gegen ihre wirtschaftlichen und politischen Interessen sich der Russlandpolitik der USA unterordneten und an einer Verschärfung der internationalen Konflikte mitwirken.

Hundt weist zum Schluss darauf hin, dass, wenn die Interessengegensätze im Ukraine Konflikt zwischen Europa und den USA in diesem Fall so waren, dass die Europäer eine friedlichere Politik verfolgten, so bedeutet dies nicht, dass das europäische Kapital generell friedlich und nur das amerikanische Kapital aggressiv sei. Das Kapital ist profitorientiert. Die Europäer hätten in der jetzigen Lage ihre Profite mit einer friedlichen Handelspolitik mit Russland maximieren können, während die USA einen europäischen-asiatischen Block fürchten, der die Hegemonie des Dollars bedrohen könnte und damit das Ende der amerikanischen Dominanz einleiten würde. Daher haben sie alles getan – und sie werden weiterhin alles tun –, um einen Keil zwischen Europa, Russland und Asien zu treiben.

Den dritten Abschnitt „Einspruch“, eröffnet Jörg Wollenberg mit einem Bericht über die aktuellen und ehemaligen Kriegsschulddebatten zum Ersten Weltkrieg: „*Flammenrausch des Vaterlandes*“. *Krieg und Frieden: Lehren aus der Geschichte*.

Ulla Jelpke berichtet in ihrem Beitrag *Schleichende Militarisierung. Politischer Widerstand und Friedensproteste* über die zunehmenden Versuche, Militär und Bundeswehr als etwas „Normales“ darzustellen. Hierzu gehört auch die massive Werbung, die die Bundeswehr unter Kindern und Jugendlichen betreibt, um ihr Nachwuchsproblem zu lösen. Der Etat für Werbemaßnahmen zur Rekrutierung des Nachwuchses ist von 2013 zu 2015 von 16 auf 35 Millionen Euro angestiegen. Hinzu kommen weitere Werbeaufwendungen, die Kosten für hierfür abgestellte Mitarbeiter und die Teilnahme an einer Vielzahl von Messen und Events. Insgesamt dürfte die Bundeswehr derzeit im Jahr 55 bis 60 Millionen Euro für Nachwuchswerbung ausgeben.

Außer Schülern werden dabei auch Kinder auf Freizeitveranstaltungen angesprochen. Dabei dürfen diese auch Panzer und Flugzeuge besteigen. Zwar gibt es ein Verbot in der Bundeswehr, Kinder an Waffen heranzulassen. Panzer und Flugzeuge gelten aber in diesem Sinne nicht als Waffen! [Der UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes](#) hat daher die Bundesregierung 2014 aufgefordert, alle Werbemaßnahmen der Bundeswehr, die auf Kinder abzielen, einzustellen. Die Bundesregierung hat erklärt, dieser Aufforderung nicht nachzukommen (vgl. S. 293f.).

Matthias Jochheim wirft in *Imperiale Strategien und Medienecho. Erfahrungen vom Beginn der Ukraine-Krise* einen weiteren Blick auf den Ukraine Konflikt. Ausgangspunkt war die extrem schlechte ökonomische Lage der Ukraine. Emigration, Niedergang der Wirtschaft nach ihrer Aneignung durch die sogenannten „Oligarchen“, eine hohe Korruption und massive Staatsverschuldung hatten und haben zu einer faktischen Staatspleite geführt. In dieser Situation stand die Ukraine vor der Frage, von der EU Hilfen in Anspruch zu nehmen, dabei aber radikale ökonomische Einschnitte, wie sie auch von Griechenland gefordert werden, zu akzeptieren oder aber, ohne ein solches die Bevölkerung weiter in die Armut treibendes Programm, von Russland in Form verbilligter Gaslieferungen gestützt zu werden.

Nachdem sich der gewählte Präsident Janukowitsch für die russische Lösung entschieden hatte, kam es zu einem Putsch gegen ihn. Die neu eingesetzte Regierung orientierte sich dann zur EU. Die vom Weltwährungsfonds daraufhin zugesagten Milliardenkredite wurden, wie zu erwarten war, an Auflagen gebunden: Mindeststundenlohn von 45 Cent! Erhöhung der Gaspreise für Verbraucher und Freigabe des Finanzmarktes. Es ist bereits jetzt klar, dass es durch die EU-Anbindung zu massiven Arbeitsplatzverlusten in der ukrainischen Schwerindustrie kommen wird.

Auch Jochheim verweist darauf, dass die USA Russland auch deswegen isolieren wollen, um das Entstehen eines europäisch-asiatischen Wirtschaftsraumes, der die ökonomische Vorherrschaft der USA gefährden könnte, zu verhindern.

Otto Jäckel weist in seinem Beitrag *Weißwäscher und Staatskunst* darauf hin, dass die Besetzung der Krim durch Russland eindeutig völkerrechtswidrig war. Lösung dieses Konflikts hat nach Artikel 2 Nr. 3 der

UN-Charta mit friedlichen Mitteln zu erfolgen. Insbesondere die Einschaltung des *Internationalen Gerichtshofs* wäre erforderlich.

Günter Rexilius fordert in seinem Beitrag *Gegen den Terror der Profitmacht. Perspektiven der Friedensbewegung*, dass die Friedensbewegung auch antikapitalistisch sein muss. Wer nach den Gründen von Konflikten und Kriegen fragt, kommt nicht darum herum, die Auswirkungen der kapitalistischen Ökonomie als wesentliche Konflikt- und Kriegsursachen zu benennen. Für den Frieden tätig zu sein, bedeutet dann auch für eine gerechte Ökonomie einzutreten.

Auf diesen Zusammenhang zwischen der kapitalistischen, krisenhaften Produktionsweise und den kriegerischen Konflikten verweist auch der den Band abschließende Beitrag von Rudolph Bauer: *Der Schoß ist fruchtbar noch. Kriege, Katastrophen und das Kapital*.

Bei aller politischen Sympathie für die Autoren und ihr friedenspolitisches Engagement muss dennoch kritisiert werden, dass das theoretische Niveau der Beiträge häufig recht niedrig ist, obwohl die Autoren überwiegend aus der Wissenschaft kommen. Es wäre bei den meisten Beiträgen zu wünschen gewesen, dass man in sie etwas mehr theoretische Analyse investiert hätte.

Thomas Heinrichs